

**[Paul Cornish,  
Christopher Browning (Hg.):]**

## **Security, Terrorism and the UK**

*ISP/NSC Briefing Paper 05/01, hg. vom Royal Institut of International Affairs (Chatham House), London, Juli 2005*

Das britische Royal Institut of International Affairs, auch Chatham House genannt, plant eine Reihe von Briefing Papers in Kooperation mit dem Economic & Social Research Council. In dem hier rezensierten ersten Set vom Juli 2005 befassen sich britische Wissenschaftler mit dem Phänomen des Terrorismus in Großbritannien, insbesondere im Lichte der jüngsten Terroranschläge in der Metropole London.

Grundsätzlich wird argumentiert, dass sich Großbritannien bereits seit über dreißig Jahren mit terroristischen Aktivitäten auseinandersetzen muss – einerseits im Rahmen des Nordirland-Konfliktes, andererseits im Zuge des Absturzes einer Pan Am-Passagiermaschine über dem schottischen Lockerbie 1988 infolge eines von libanesischen Terroristen verübten Anschlags. Dennoch, der überraschende Angriff auf das Londoner U-Bahn-System stellte die britischen Behörden vor völlig neue Dimensionen, obwohl man schon lange mit einem derartigen Anschlag gerechnet hatte. So war es bereits bekannt, dass Aktivitäten terroristischer Konsolidierung in der Hauptstadt stattgefunden hatten, dennoch betrachtete man das nicht als nationale Bedrohung. Die Studie kritisiert dabei, dass die britischen Behörden der al Qaida als echte Bedrohung vermutlich zu wenig Aufmerksamkeit beigemessen hatten. Die Anschläge vom 7. Juli 2005 seien ein Zeichen für das Versagen der gesamten westlichen Geheimdienste, so die Experten.

In der Studie wird weiters erörtert, warum London und das Vereinigte Königreich ein besonderes Angriffsziel darstellen. Als engster Verbündeter der USA wird die Beteiligung Großbritanniens im Irak-Krieg als Hauptgrund genannt. Dies sei die natürliche Konsequenz für die Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Dennoch, Premier Tony Blair widerspricht dieser Schlussfolgerung völlig und sieht keinerlei Verbindung zwischen den Anschlägen in der Londoner U-Bahn und dem Verbleib britischer Truppen im Irak. Der Hass und die Motivation für die Selbstmordanschläge wurzeln

vielmehr in der „teuflischen Ideologie“ der Täter. Nun, Blair's vehemente Verleugnung des möglichen Zusammenhanges ist zweifelsohne falsch – das wird auch von 80 Prozent der Bevölkerung bestätigt, die Blair's Meinung nicht teilen.

Aber, so fragt der Economist in seiner aktuellen Ausgabe, was wäre schon, wenn es einen solchen Zusammenhang gäbe? Aufgrund der Bombenserie in London aus dem Irak unmittelbar abzuziehen wäre ein viel größerer Fehler. Außenpolitik wird von Regierungen gestaltet, nicht von unzufriedenen jungen Mördern. Was auch immer es für einen Grund für die USA und Großbritannien gab, in den Irak einzumarschieren, so ist es nun die moralische Verpflichtung, die irakische Bevölkerung nicht im Chaos versinken zu lassen. Die Flucht vor dem Terrorismus ist sinnlos, der Westen wird weiterhin Ziel von Anschlägen bleiben. Ziel sei es viel eher, einer legitim gewählten und von den Vereinten Nationen anerkannten Regierung dabei zu helfen, eine stabile Verfassung zu etablieren und den Menschen Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Die Studie kommt zum Schluss, dass der bisherige britische Kampf gegen den Terrorismus im Großen und Ganzen recht erfolgreich gewesen ist: Das Taliban-Regime in Afghanistan konnte ausgehoben und al Qaida damit geschwächt werden. Die USA und Großbritannien würden – gemeinsam mit Organisationen wie EU, UNO oder zahlreichen NGOs – die bisher größte Koalition in den internationalen Beziehungen bilden. Eine interessante Beobachtung konnte dabei unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im Rahmen des Nordirland-Friedensprozesses gemacht werden: Es scheint, dass diese Anschläge den Friedensprozess deutlich angeschoben haben.

Dennoch seien, wie die Studie betont, immer noch gravierende Mängel festzustellen: mangelnde Interoperabilität und mangelnde Kommunikation zwischen zivilen und militärischen Diensten, ebenso mangelnde Koordination zwischen den regionalen und städtischen Behörden. Schließlich müsse auch dafür gesorgt werden, dass in Folge solcher Anschläge das Sozialgefüge – etwa durch Ressentiments gegen muslimische Bevölkerungsgruppen – nicht auseinander driftet, da man so „den Job für die Terroristen erledigen würde“.

**Vinzenz Kastner**